

59%

28%

39%

49%

74%

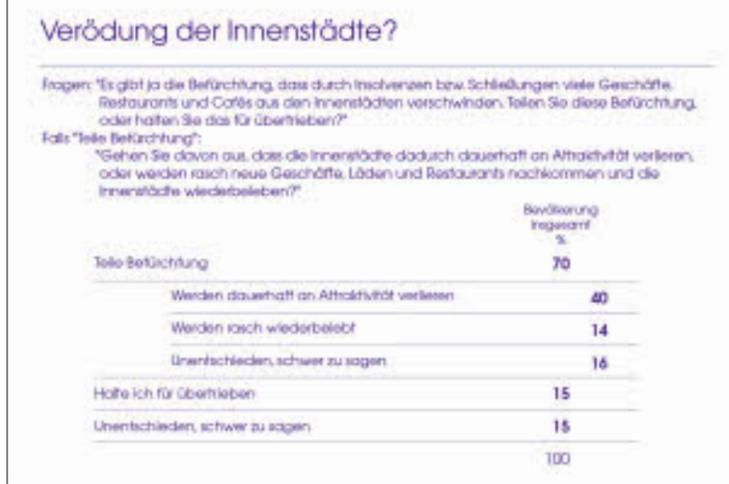
der Befragten gaben an, dass Baden-Württemberg bei der Digitalisierung hinterherhinkt. Nur 21 Prozent waren der Auffassung, dass das Land in dieser Zukunftsfrage gut aufgestellt ist.

der Bürger in Baden-Württemberg glaubt, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung im Land verbessern wird. Das ist deutlich mehr als im Bundesschnitt. Dort sind es lediglich 17 Prozent.

der Befragten haben den Eindruck, dass sich Ministerpräsident Kretschmann ausreichend für die Wirtschaft einsetzt. Doch 38 Prozent der Bürger sagen, dass er mehr tun müsste.

der Bürger sind der Auffassung, dass die Bedeutung der Automobilindustrie in Baden-Württemberg sinken wird. Nur 30 Prozent glauben, dass dieser Industriezweig wieder erfolgreich wird.

der Bürger mit höherer Schulausbildung bewerten die Wirtschaftslage positiv. Wer einen niedrigen Schulabschluss hat, sieht es negativer. Nur 45 Prozent bewerten die wirtschaftliche Zukunft positiv.



Baden-Württemberg hofft nach der Coronakrise auf eine schnelle Erholung der Wirtschaft.

FOTO: DPA

**Umfrage –** Bürgerinnen und Bürger beurteilen vor der Landtagswahl im März im neuen BaWü-Check die wirtschaftlichen Perspektiven Baden-Württembergs eher skeptisch

# Im Ländle herrscht gedrückte Stimmung

VON CHRISTOPH FISCHER

REUTLINGEN. Bürgerinnen und Bürger beurteilen kurz vor der Landtagswahl die wirtschaftlichen Perspektiven in Baden-Württemberg skeptisch. Im neuen BaWü-Check der Tageszeitungsverlage des Landes fällt die wirtschaftliche Bilanz wie erwartet deutlich schlechter aus als in Vor-Corona-Zeiten. Die große Mehrheit in Baden-Württemberg erwartet in den kommenden Monaten einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen, 17 Prozent einen steilen, 52 Prozent einen begrenzten Anstieg. Nur sieben Prozent erwarten einen Rückgang der Arbeitslosenquote.

Die vom Institut für Demoskopie Allensbach in Kooperation mit den Verlagen durchgeführte repräsentative Befragung weist aus, dass eine Mehrheit im Lande perspektivisch zahlreiche Firmenpleiten erwartet. 56 Prozent glauben, dass viele Unternehmen und Selbstständige aufgrund der Coronakrise ihren Betrieb in absehbarer Zeit einstellen müssen. 70 Prozent der Baden-Württemberger vermuten, dass sich die Innenstädte durch die Insolvenzen von Geschäften, Restaurants und Cafés massiv verändern werden, 40 Prozent erwarten gar eine dauerhafte Verödung der Zentren. Nur 14 Prozent gehen von einer raschen Wiederbelebung aus.

Bürgerinnen und Bürger denken aber nicht nur an die Auswirkungen der Krisenzeiten, sondern auch an den generellen Strukturwandel, den Transformationsprozess der Automobilindustrie und die Digitalisierung. Eine Mehrheit glaubt, dass die baden-württembergischen Unternehmen in Fragen der Digitalisierung noch nicht ausreichend gut aufgestellt sind, 59 Prozent sind davon überzeugt, dass die Firmen der weltweiten Entwicklungen hinterherhinken, höhere Bildungsschichten bewerten diesen Tat-



bestand noch weit kritischer. Dass die Automobilindustrie auch zukünftig eine Vorzeigebremse des Landes bleibt, erwarten nur 30 Prozent, jeder Zweite geht davon aus, dass die Bedeutung der Automobilindustrie für die Wirtschaft des Landes sinken wird. Nur die, die trotz Krise mit einem wirtschaftlichen Aufwärtstrend rechnen, schätzen auch die Bedeutung der Automobilindustrie perspektivisch höher ein, 64 Prozent, die einen Abwärtstrend erwarten, sehen entsprechend auch einen Bedeutungsverlust der Automobilindustrie. Es sind nur 28 Prozent, die 2021 einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend erwarten. Trotz allem bleiben die Prognosen in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundestrend immer noch positiv. Bundesweit rechnen nur 17 Prozent mit einer absehbaren wirtschaftlichen Erholung.

Zur Wirtschaftspolitik im Lande und zum Ministerpräsidenten ist das Mei-

nungsbild gespalten. 38 Prozent sagen, Winfried Kretschmann müsse auf diesem Sektor mehr tun, die Anhänger der Grünen vermitteln da naturgemäß mit zwei Dritteln Zustimmung ein besseres Bild. Diejenigen, die einen Aufwärtstrend der Wirtschaft erwarten, beurteilen auch die Rolle von Kretschmann tendenziell positiver, die vom Abwärtstrend Überzeugten bewerten auch Kretschmann schlechter.

Die Bekämpfung der Pandemie lässt notwendige Fragen des Klimaschutzes offensichtlich in den Hintergrund treten. Nur 22 Prozent glauben, dass es der Regierung Kretschmann gelingt, Wirtschaftswachstum und Klimaschutz miteinander zu vereinbaren. Diejenigen, die den Abwärtstrend erwarten, sagen, dass sich die Regierung zu sehr mit Fragen des Klimas beschäftigt. Bundesweit werden trotz Coronakrise Klimaschutzziele von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unverändert zu den wichtigsten politischen Herausforderungen gezählt. Viele fordern verstärkte Anstrengungen, die große Mehrheit bezweifelt allerdings auf diesem Sektor in absehbarer Zeit nennenswerte Fortschritte.

Frauen im Land sind skeptischer als Männer, die im Beruf stehende mittlere Generation ist skeptischer als die junge und ältere Generation. Offenbar zeigt sich insgesamt aber ein Silberstreif am Horizont. In der Trendanalyse steigt der Optimismus. Im Oktober sahen nur 30 Prozent die Zukunft optimistisch, im November 37 Prozent, aktuell 40 Prozent.

Pessimistisch äußern sich naturgemäß diejenigen, die sich Sorgen machen, in naher Zukunft von der wirtschaftlichen Krise erreicht zu werden. 14 Prozent der Bevölkerung befinden sich aktuell in Kurzarbeit, zwölf Prozent fürchten aktuell um ihren Arbeitsplatz, nur sechs Prozent bezeichnen sich als Gewinner der Krise. (GEA) **Seite 22**